



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Niederschrift

Sitzung der Bezirksversammlung Harburg

Termin: Dienstag, 27.03.2018
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 21:20 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal, Harburger Rathausplatz 1, 21073 Hamburg

Anwesende

Vorsitz

Frau Birgit Rajski SPD

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Robert Timmann CDU
Frau Kadriye Baksi DIE LINKE
Herr Peter Bartels SPD
Herr Ulf Bischoff AfD
Herr Rainer Bliefernicht CDU
Herr Holger Böhm SPD
Herr Martin Celik SPD
Frau Viktoria Isabell Ehlers FDP
Frau Pinar Esir SPD
Herr Klaus Fehling SPD
Herr Harald Feineis AfD
Herr Ralf-Dieter Fischer CDU
Frau Brit-Meike Fischer-Pinz CDU
Herr Lars Frommann CDU
Herr Torsten Fuß SPD
Frau Katharina Gajewski SPD
Herr Jürgen Heimath SPD
Frau Britta Herrmann GRÜNE
Herr Dr. Hanno Hintze CDU
Herr Martin Hoschützky CDU
Frau Dr. Antje Jaeger CDU
Herr Florian Klein CDU

Herr André Lenthe	DIE LINKE
Frau Barbara Lewy	Neue Liberale
Herr Jörn Lohmann	DIE LINKE
Herr Jürgen Marek	GRÜNE
Frau Regina Marek	GRÜNE
Herr Sami Musa	SPD
Frau Eftichia Olowson-Savio- laki	SPD
Herr Sven Peters	DIE LINKE
Frau Beate Pohlmann	SPD
Herr Frank Richter	SPD
Frau Natalia Sahling	SPD
Herr Michael Schaefer	CDU
Frau Dr. Gudrun Schitteck	GRÜNE
Frau Ronja Schmager	SPD
Herr Uwe Schneider	CDU
Herr Christian Schulz	CDU
Herr Carsten Schuster	FDP
Frau Helga Stöver	CDU
Herr Arend Wiese	SPD
Frau Isabel Wiest	Neue Liberale
Herr Kay Wolkau	Neue Liberale
Herr Berthold von Harten	CDU

Verwaltung

Herr Jörg Heinrich Penner	Verwaltung (D4)
Herr Bernhard Schleiden	Verwaltung (D2)
Herr Dierk Trispel	Verwaltung (D1)
Frau Inske Hille	Verwaltung (BVG)

Niederschrift:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Antrag zur Geschäftsordnung und Öffentliche Fragestunde

zu 1.1 Antrag zur Geschäftsordnung

Herr Lohmann beantragt, Videoaufnahmen zu TOP 5 und 6 zuzulassen.

Die Bezirksversammlung lehnt dies mehrheitlich (SPD/CDU/AfD gegen Grüne/Linke/Neue Liberale, bei Enthaltung Schuster/Pawlowski/Wolkau) ab.

zu 1.2 Öffentliche Fragestunde

1. Auf Nachfrage durch einen Vertreter der Interessengemeinschaft Langenbeker Wiesen zur ausstehenden Berichterstattung durch die Fachbehörde in Sachen Vernässungsproblematik verweist *Herr Hoschützky* auf die beabsichtigte Thematisierung in der Sitzung des Regionalausschusses.

Frau Wiest geht auf durch Vernässung entstandene Baumschäden ein und weist auf eine diesbezüglich durch sie gestellte Anfrage hin. Sie regt an, Fragen der betroffenen Anwohner in der Bürgerfragestunde des Regionalausschusses zu erörtern.

2. Auf die Frage einer Vertreterin der Bürgerinitiative „Yes-we swim“ zum Meinungsbild der Bezirksversammlung erklären alle Fraktionen und *Herr Schuster* die Unterstützung des Anliegens.

zu 2 Dringlichkeitsanträge

zu 2.1 Interfraktioneller Dringlichkeitsantrag CDU SPD betr. Mittel aus dem Quartiersfonds für Mädchen und Kinderferienprogramm 2018 Drucksache: 20-3661

Die *Bezirksversammlung* stimmt der Dringlichkeit einvernehmlich zu und beschließt den Antrag einstimmig.

zu 3 Aktuelle Stunde

zu 3.1 Aktuelle Stunde - Anmeldung der GRÜNEN-Fraktion betr. Eine grüne Infrastruktur für Harburg Drucksache: 20-3678

Herr Marek erklärt, die Schönheit Harburgs manifestiere sich in diversen Naturschutzgebieten, zahlreichen Stadtbäumen und großen Parkanlagen. Zielsetzung einer Volksinitiative des NABU sei es, Hamburgs Grün nach Fläche, Volumen und Naturwert mindestens zu erhalten. Hierfür bestehe die Notwendigkeit einer langfristigen, systematischen Entwicklung und Gestaltung einer grünen Infrastruktur.

Themen, wie Klimafolgen und Klimaanpassung müssten immer stärker auch beim Stadtgrün berücksichtigt werden. Hier sei auch der Wohnungsbau nicht auszunehmen, denn nachhaltiges Bauen kennzeichne sich durch einen schonenden und ökologischen Umgang mit Böden und Flächen. Eine dicht bebaute Stadt benötige zudem Freiräume und den Bezug zur Natur, weshalb sicherzustellen sei, dass vorhandene, zusammenhängende öffentliche Grünanlagen und Parks bewusst als solche hervorgehoben werden, erhalten bleiben und für Nachverdichtung tabu bleiben.

Er geht auf das Thema Stadtbäume ein und erklärt, es sei nötig, sich im Hinblick auf Nachpflanzungen neben der Quantität auch mit der Qualität zu beschäftigen, denn eine Nachpflanzung im Verhältnis 1:1 werde der Komplexität des ökologischen Wertes von Bäumen nicht gerecht. Der BUND gehe von einem Verhältnis von 3:1 beim Ersatz von größeren Bäumen aus, um einen wertigen Ersatz zu erreichen. Dies spreche für eine differenzierte Erfassung und Festlegung von Kriterien zur Entwicklung einer Bauminfrastruktur für den Bezirk. Er verweist auf das Beispiel der New York City Street Tree Map, in welcher auch Kriterien wie

Kohlendioxid-Bindung und Minderung von Extremwetterereignissen Berücksichtigung finden würden.

Weiter weist er auf die Möglichkeit der Klimaanpassung durch Fassaden- und Dachbegrünung hin. Der Bezirk sei gehalten, mit seinen Gebäuden als Vorbild zu fungieren.

Herr Richter räumt Flächennutzungskonflikte ein, mit denen man sich im Rahmen der Bauleitplanung immer wieder auseinandersetzen müsse. Er verweist auf das Landschaftsprogramm Hamburg, das bei jeglicher Bebauungsplanung zu berücksichtigen sei. Im Zusammenhang mit der Umwidmung von Konversionsflächen sei jedoch besonderes Augenmerk auf Grünflächen zu richten, da diese im Landschaftsprogramm ggf. nicht berücksichtigt seien.

Frau Wiest erklärt, sie sehe Wohnbebauung an Hauptverkehrsachsen zugunsten des Schutzes in anderen Bereichen liegender Grünflächen kritisch. Insgesamt fehle es an Engagement im Hinblick auf die Gesundheitsbelastung der entlang der Verkehrsachsen angesiedelten Anwohner. Grüne Infrastruktur bedeute für ihre Fraktion den ständigen Einsatz für Grün- und Freiflächen, die Wahrung der Sport und Freizeitflächen, die Unantastbarkeit von Schulhöfen und Kleingärten sowie den Einsatz von Planänderungen für ökologisch wertvolle Gebiete.

Herr Bischoff führt aus, die fortschreitende Bebauung gefährde ökologisch wertvolle Gebiete. Er kritisiert die Informationspolitik der Verwaltung, insbesondere im Hinblick auf durch seine Fraktion gestellte Anfragen zur Bebauung von Flächen in Landschafts- und Naturschutzgebieten.

Herr Schuster macht deutlich, dass zuweilen in vorhabenbezogenen Bebauungsplänen zugunsten von Prioritäten der Bauträger der Baumschutz vernachlässigt worden sei. Die Zahl der Nachpflanzungen habe außerdem in den Jahren 2008 bis 2014 deutlich niedriger gelegen als die der gefälltten Bäume. Das Grün schwinde aus dem öffentlichen Raum.

Herr Fischer stimmt *Herrn Marek* in allen Punkten zu und kritisiert das Handeln des Senators für Umwelt und Energie, der ein Baumkataster erarbeiten lassen habe, anstatt Qualität und Wertigkeit der Bäume festzustellen. Ebenso hätte dieser für ausreichend Mittel für Nachpflanzungen sorgen können.

zu 4 Haushaltsangelegenheiten

zu 4.1 Gemeinsamer Antrag betr. Ulrike Hinrichs, Fortführung der Künstlergruppe für Flüchtlinge 2018 Drucksache: 20-3652

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem gemeinsamen Antrag mehrheitlich (bei einer Gegenstimme aus der AfD-Fraktion) zu.

zu 4.2 Gemeinsamer Antrag betr. Sondermittel Förderverein HARBURG21 e.V. Arbeit des NachhaltigkeitsNetzwerks HARBURG21 Drucksache: 20-3653

Frau Marek, *Herr Marek* und *Herr Dr. Hintze* erklären sich für befangen und nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem gemeinsamen Antrag mehrheitlich (bei einer Gegenstimme aus der AfD-Fraktion) zu.

**zu 4.3 Interfraktioneller Antrag betr. TSH Harburg von 1865 e.V. Beschaffung von Sportgeräten in der Woellmerstraße
Drucksache: 20-3654**

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem interfraktionellen Antrag einstimmig zu.

**zu 4.4 Interfraktioneller Antrag betr. DRK Harburg Fortführung 'Nachbarschaft AHOI Neuwiedenthal
Drucksache: 20-3655**

Die *Bezirksversammlung* beschließt den interfraktionellen Antrag einstimmig.

**zu 5 Antrag DIE LINKE betr. Harburg für Alle! Harburg aktiv gegen Rechts!
Drucksache: 20-3614**

Herr Lenthe betont die Wichtigkeit, Netzwerke mit klarer interfaschistischer Strategie zu bilden. Er weist auf die Zahl der durch Rechtsextremisten verübten Straftaten hin. Zugenommen habe die Zahl der Parolen an Hauswänden und auch Flüchtlingsunterkünften. Er stellt klar, die Geschichte des Faschismus dürfe sich nicht wiederholen und kritisiert Äußerungen der AfD-Bundestagsfraktion.

Herr Bischoff vergleicht Zahlen links- und rechtsextremistischer Straftaten der Jahre 2016 und 2017, und weist darauf hin, dass die Zahl der durch Linksextremisten verübten Taten die Zahl der durch Rechtsextremisten verübten Taten um ein Vielfaches übersteige. Auf Nachfrage durch *Herrn Richter* erklärt er, er distanzieren sich von Gewalt von jeglicher Seite. Er verweist außerdem auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 20-3271, die eine erneute Berichterstattung entbehrlich mache.

Herr Schuster betont, Ziel aller demokratischen Kräfte müsse es sein, jede Art von Extremismus zu bekämpfen und mit Projekten dort zu unterstützen, wo die freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage gestellt werde. Er weist zudem darauf hin, dass das Programm „Demokratie Leben!“ sich auch gegen linke Militanz richte.

Herr Heimath dankt *Herrn Schuster* ausdrücklich für seine Ausführungen. Er betont, die Teilnahme an den Sitzungen der Lokalen Partnerschaften stehe jedem frei und es sei zudem möglich, sich durch Lesen der Tätigkeitsberichte umfassend zu informieren. Durch Teilnahme von Vertretern der Fraktionen würden diese zudem mit verantwortlich sein für die Tätigkeit der Institution.

Herr Schneider schließt sich *Herrn Heimath* inhaltlich an und dankt ebenfalls *Herrn Schuster* für seinen Beitrag.

Herr Lenthe verwahrt sich gegen jegliche Vorwürfe, gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen zu haben und erklärt die von Rechtsextremisten verübten Straftaten im Vergleich für schwerwiegender.

Herr Bliefert stellt klar, dass eine Kategorisierung der verübten Taten nicht wichtig sei. Von Bedeutung sei allein, dass die Bezirksversammlung die Befolgung des Grundgesetzes vorlebe und insgesamt die Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt werde.

Die *Bezirksversammlung* überweist den Antrag einstimmig (bei Enthaltung AfD/Frau Herrmann/Frau Marek/Herr Marek) zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr.

**zu 6 Gemeinsamer Antrag CDU SPD betr. Südliche Anbindung Container Terminal
Altenwerder - kein Schwerlastverkehr in Moorburg
Drucksache: 20-3648**

Herr Richter geht zunächst auf Inhalte der im Antrag genannten Sitzung des Stadtplanungsausschusses ein und erklärt, die Bezirksversammlung habe bereits mit der Drucksache XVIII/357 die Voraussetzungen für eine südliche Anbindung des Containerterminals definiert und die Erwartungen der Bezirksversammlung klar vorgegeben. Es sei nicht hinnehmbar, dass diese durch Hamburg Port Authority (HPA) ignoriert werden und es müsse sichergestellt werden, dass die Forderungen der Bezirksversammlung im Sinne einer vernünftigen Verkehrsplanung und zum Schutz der Einwohner Moorburgs Beachtung finden.

Herr Frommann verweist auf Anträge seiner Fraktion, die die Forderung nach entsprechenden Verkehrskonzepten zum Inhalt gehabt hätten. Er geht auf die Verkehrssituation im Bereich ein und betont, es gelte weitere Belastungen zu verhindern. Zudem sei zu überlegen, ob ein Planfeststellungsverfahren angebracht wäre.

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

zu 7 Ressourcenverteilung bezirkliche Mittel

**zu 7.1 Antrag CDU betr. Rahmenzuweisung Stadtteilkultur
Drucksache: 20-3622**

Herr Fischer bemängelt die Höhe der Rahmenzuweisung für Stadtteilkultur, die als nicht auskömmlich und historisch ungerecht zu bezeichnen sei. Der aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen geforderten Erhöhung sei nur unzureichend nachgekommen worden. Das Ziel, bestehende Institutionen zu fördern, neue entstehen zu lassen und eine kulturelle Vielfalt herzustellen, könne ohne entsprechende Mittel nicht erreicht werden. Der Rechnungshof habe nun ausdrücklich die Benachteiligung Harburgs festgestellt.

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**zu 7.2 Antrag CDU betr. Ressourcensteuerung bezirkliche Mittel
Drucksache: 20-3631**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Haushalts- und Vergabeausschuss.

zu 8 Parkraumkonzept

**zu 8.1 Antrag SPD betr. Parkraumkonzept für ein attraktives Zentrum von Neugraben
Drucksache: 20-3627**

Herr Böhm führt aus, es sei an der Zeit, sich über den Parkraum im Zentrum Neugraben Gedanken zu machen. Der bevorstehende Wegfall von Parkmöglichkeiten an der Bauernweide werde die Situation weiter verschärfen. Er halte es für einen Fehler, sich auf private Parkflächen der Vollsortimenter zu verlassen, da diese ihre Flächen durch Dienstleister, mit den entsprechenden Restriktionen, bewirtschaften lassen würden. Es sei wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, wie man mittels attraktiver Park-Angebote die Bevölkerung dafür gewinnen könne, ins Zentrum zu kommen und Bestandskunden zu halten.

Er erklärt, aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten habe man sich entschlossen, für Süderelbe und Harburg gesonderte Anträge zu stellen.

Herr Fromman stellt klar, Parkflächen zu verringern oder mit hohen Gebühren zu belasten, führe zu einem Aussterben der Zentren. Benötigt werde Parkraum für Anwohner, Pendler und Besucher.

Herr Penner informiert über die erfolgte Auftragserteilung und das in der kommenden Woche bevorstehende Auftaktgespräch für das Parkraumkonzept Neugraben. Für das Parkraumkonzept Harburg seien Gespräche mit Bewerbern für April 2018 geplant.

Frau Dr. Schittek hinterfragt die eingeschränkten Möglichkeiten, Platz für weiteren Parkraum zu gewinnen und macht deutlich, dass der Weg dahin gehen sollte, alternative Verkehrsverbindungen auszubauen. Es stelle sich zudem die Frage, warum die privaten Parkflächen der Vollsortimenter nicht in das Parkraumkonzept einbezogen werden sollen. Statt weiterer versiegelter Flächen zum Abstellen von Autos, wolle ihre Fraktion eine lebenswerte, grüne Stadt

Herr Wolkau erkennt in den gestellten Anträgen eine gewisse Überstrapazierung der Geschäftsordnung und kritisiert, dass der durch seine Fraktion gestellte Antrag nicht ebenfalls an dieser Stelle behandelt werde.

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig (bei einer Enthaltung) zu.

**zu 8.1.1 Zusatzantrag der GRÜNEN-Fraktion Harburg zu Drucksache 20-3627, Antrag
SPD betr. Parkraumkonzept für ein attraktives Zentrum von Neugraben
Drucksache: 20-3667**

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Zusatzantrag einstimmig (bei einer Enthaltung) zu.

**zu 8.2 Gemeinsamer Antrag SPD CDU betr. Parkraumkonzept im Stadtgebiet Harburg
(zu Drs. 20-3627)
Drucksache: 20-3666**

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

**zu 8.2.1 Zusatzantrag der GRÜNEN-Fraktion Harburg zu Drs. 20-3666, Gemeinsamer Antrag SPD CDU betr. Parkraumkonzept im Stadtgebiet Harburg
Drucksache: 20-3670**

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**zu 9 Antrag NEUE LIBERALE: Kein "Klein-Manhattan" für Harburgs Binnenhafen: Rahmenplan überarbeiten- städtebauliches Gesamtkonzept erstellen - maritimes Flair weiter entwickeln
Drucksache: 20-3604**

Herr Wolkau bezieht sich auf Planungen für den Harburger Binnenhafen und weist auf die geplante Realisierung von weiteren 1.500 Wohneinheiten, einer gewerblichen Nachverdichtung sowie weiterer Hochbauten hin. Es bestehe das städtebauliche Risiko, dass die Silhouette des Binnenhafens wie ein Massiv wirken werde. Er betont, die einmalige historische Chance, den Bereich mit einem hohen Gestaltungswert zu versehen und damit eine gute Aufenthaltsqualität zu erreichen, müsse genutzt werden und regt eine Aufstockung und Aufwertung der Begleitgruppe Binnenhafen im Hinblick auf mehr Bürgerbeteiligung an.

Herr Richter wendet ein, die Hochbauten würden eine Höhe von 67 Metern nicht überschreiten. Ein Vergleich mit Manhattan sei daher nicht gegeben. Aus Sicht seiner Fraktion könne der Binnenhafen durchaus eine moderne Skyline vertragen, die eine unverwechselbare Charakteristik ausstrahle. Bei insgesamt sieben Hochhäusern könne zudem nicht von einer Nachverdichtung gesprochen werden. Das Gebiet sei mit Rahmenplan, Bebauungsplänen und Begleitgruppe gut ausgestattet.

Herr Penner erklärt, aus seiner Sicht sei die intensive Einbeziehung der Bürger von großer Bedeutung, es sei jedoch wichtig und richtig, dass abschließende Entscheidungen durch die Bezirksversammlung und nicht in Beratungs-bzw. Prozessbegleitungsgremien getroffen werden.

Die Bezirksversammlung lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/Linke/Grüne/Schuster/Pawlowski gegen Neue Liberale/AfD) ab.

**zu 10 Antrag AfD betr. Prüfung Fußgängerbrücke/Tunnel B 73 in Fischbek
Drucksache: 20-3596**

Herr Feineis geht auf Inhalte des Antrags ein und verweist auf die Antwort auf die durch seine Fraktion gestellte Anfrage (Drs. 20-3384). Aus Sicht seiner Fraktion habe die Fachbehörde dem Fußgänger- und Radverkehr in der Planungsphase zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Herr Böhm zitiert Presseberichte und verweist darauf, dass die Bevölkerung Tunnel als Angsträume wahrnehme. Er halte daher Tunnel grundsätzlich für ungeeignet. Er weist auf die für Brückenbau geltenden Vorschriften hin und erklärt, die Nutzung einer Lichtzeichenanlage sei für Kinder geeignet und stelle die nötige Sicherheit her.

Frau Lewy weist darauf hin, dass es sich bei dem Inhalt des Antrags um einen Wunsch aus dem Beirat gehandelt habe. Es gehe lediglich darum, einen Referenten einzuladen und im Beirat geäußerte Vorschläge und Befürchtungen sachkundig beantworten zu lassen.

Die Bezirksversammlung lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/Linke gegen Grüne/AfD/Neue Liberale/Schuster/Pawlowski, bei Enthaltung Frau Herrmann) ab.

zu 11 Antrag SPD betr. Aufzuganlagen am S-Bahnhof Neugraben - Stand der Dinge
Drucksache: 20-3623

Die antragstellende Fraktion verzichtet auf die angemeldete Debatte.

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

zu 12 Antrag CDU betr. Nachtabschaltung Lichtzeichenanlagen
Drucksache: 20-3637

Die antragstellende Fraktion verzichtet auf die angemeldete Debatte.

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr.

zu 13 Antrag der GRÜNE-Fraktion betr. Für eine bessere Kita-Platz Versorgung
Drucksache: 20-3617

Frau Herrmann geht auf Inhalte des Antrags ein, nennt Zahlen zum Vergleich der Kita-Versorgung in Hamburg und erklärt, ihre Fraktion wolle Kinder in den Fokus der Gesellschaft stellen und die Verwaltung auffordern, Verantwortung für Kinder zu übernehmen, insbesondere an der Stelle, wo das Gutscheinsystem mit seiner Marktdynamik nicht wirke. Den besonderen Verhältnissen in Harburg, wie dem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund und ungleichen Ausgangslagen bei den Lebensverhältnissen, müsse Rechnung getragen werden, um Kindern eine Chance auf gutes, bildungsorientiertes Aufwachsen zu geben.

Herr Klein stimmt den dargelegten Zahlen und der beschriebenen Problematik zu, bemängelt aber im Hinblick auf das Petitum fehlende Konkretisierungen zur Größe von Bauplanungen. Über Befreiung werde zumeist erst entschieden, wenn bereits Bauanträge gestellt werden. Er halte den Antrag in der vorliegenden Form für nicht zielführend.

Herr Richter bittet um Quellenangabe zu den eingangs genannten Zahlen. Er weist darauf hin, dass bei Bauvorhaben, bei denen im Rahmen von Befreiungen, Bebauungsplänen oder bei der Vergabe städtischer Grundstücke die Möglichkeit bestehe, im Rahmen öffentlich rechtlicher Verträge etwas zu regeln, dies auch getan werde. Wenn Bedarfe erkennbar seien, würde entsprechend nachgesteuert und dort, wo neue Wohnungen entstehen würden, würden auch Kitas geplant. Öffentliche Ausschreibung im Bereich privater Vermietung gestalte sich im Übrigen schwierig.

Herr Schuster bestätigt die durch *Frau Herrmann* genannten Zahlen und schließt sich im Übrigen den Ausführungen von *Herrn Klein* an. Er verweist auf durch die FDP-Fraktion in der Bürgerschaft gestellte Anträge.

Frau Herrmann gibt als Quelle das Statistische Landesamt an und weist nochmals auf die Ziele des Antrags hin.

Die *Bezirksversammlung* lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/Schuster/Pawlowski gegen Grüne/Linke/Neue Liberale/AfD) ab.

zu 14 Antrag NEUE LIBERALE: Straßensozialarbeit für Menschen mit Wohnungsproblemen stärken
Drucksache: 20-3605

Die *Bezirksversammlung* lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU gegen Grüne/Linke/AfD/Neue Liberale/Schuster/Pawlowski) ab.

zu 15 Antrag NEUE LIBERALE: Konzept für Quartiersgaragen erstellen - Elektromobilität fördern! Oslo macht es vor!
Drucksache: 20-3606

Die *Bezirksversammlung* lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/Linke gegen Grüne/AfD/Neue Liberale/Schuster/Pawlowski) ab.

zu 16 Antrag NEUE LIBERALE: Wohnungsbaukonferenz für 2018 - mehr Öffentlichkeitsbeteiligung sicherstellen
Drucksache: 20-3607

Die *Bezirksversammlung* lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU gegen Grüne/Linke/AfD/Neue Liberale/Schuster/Pawlowski) ab.

zu 17 Antrag der GRÜNE-Fraktion betr. Förderung von mindestens 20 Prozent Bioanteil beim Schul- und Kitaessen und Berücksichtigung der Standards der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) in Harburger Schulen und Kitas
Drucksache: 20-3611

Die *Bezirksversammlung* lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/AfD gegen Grüne/Linke/Neue Liberale, bei Enthaltung Schuster/Pawlowski) ab.

zu 18 Antrag der GRÜNE-Fraktion betr. Beteiligung des bezirklichen Sportstättenbeirats stärken!
Drucksache: 20-3615

Die *Bezirksversammlung* lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU gegen Grüne/Linke/Neue Liberale/AfD/Schuster/Pawlowski) ab.

zu 19 Antrag DIE LINKE betr. Harburg für Alle! - Geplante Busverbindung Radickestraße - Gordonstraße endlich umsetzen
Drucksache: 20-3616

Die *Bezirksversammlung* lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/Neue Liberale/Schuster/Pawlowski gegen Grüne/Linke/AfD) ab.

zu 20 Antrag DIE LINKE betr. Harburg für Alle! - Sexistische Werbung ist keine Geschmacksfrage. Sexismus gehört abgeschafft!
Drucksache: 20-3618

Die *Bezirksversammlung* lehnt den Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/Wiest/Schuster/Pawlowski gegen Grüne/Linke/Neue Liberale, bei Enthaltung AfD) ab.

zu 21 Antrag CDU betr. Kategorisierung aktuell möglicher Wohnmobil-Stellplätze in Harburg
Drucksache: 20-3624

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/AfD/Schuster/Pawlowski gegen Linke/Neue Liberale, bei Enthaltung Grüne) zu.

zu 22 Antrag SPD betr. Fahrgastunterstände im Harburger Hafen
Drucksache: 20-3625

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig (bei Enthaltung Schuster/Pawlowski) zu.

zu 23 Antrag SPD betr. MOIA Shuttle auch im Bezirk Harburg einsetzen
Drucksache: 20-3626

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr.

zu 24 Antrag SPD betr. Augenärztlicher Notdienst in Harburg
Drucksache: 20-3628

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz.

zu 25 Gemeinsamer Antrag CDU betr. Fußgängerleitsystem Harburg endlich realisieren
Drucksache: 20-3629

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/Grüne/AfD/ Neue Liberale/Schuster/Pawlowski gegen Linke) zu.

zu 26 Antrag CDU betr. Sporthallenversorgung im Harburger Süden
Drucksache: 20-3633

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 27 Gemeinsamer Antrag SPD CDU betr. Rauchkate Fischbek - Studie und Aus-
schreibung
Drucksache: 20-3639

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag mehrheitlich (SPD/CDU/Schuster/Pawlowski gegen Grüne, bei Enthaltung Linke/AfD/Neue Liberale) zu.

zu 28 Antrag CDU betr. Uneinsichtige Hundehalter im Bereich von Naturschutz,
Landschaftsschutz und Freizeitgebieten
Drucksache: 20-3641

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 29 Antrag der GRÜNE-Fraktion betr. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
in den Stadtteilbeiräten umsetzen
Drucksache: 20-3645

Die *Grüne-Fraktion* zieht den Antrag zurück.

zu 30 Antrag der GRÜNE-Fraktion betr. Musik-Proberäume für den Bezirk Harburg
Drucksache: 20-3647

Die *Bezirksversammlung* überweist den Antrag einstimmig zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit.

zu 31 Antrag DIE LINKE betr. Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Drucksache: 20-3588

Die *Bezirksversammlung* stimmt dem Antrag einstimmig (bei Enthaltung AfD) zu.

zu 32 Mitteilung SPD betr. Umbesetzung Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit

Die *Bezirksversammlung* nimmt die Drucksache zur Kenntnis.

zu 33 Angemeldete strittige Punkte aus den Fachausschüssen

Es liegt nichts vor.

zu 34 Genehmigung der Niederschrift

Es liegt nichts vor.

zu 35 Berichte aus den Fach- und Regionalausschüssen

zu 35.1 Beschlussempfehlungen

**zu 35.1.1 Wohnungsbauprogramm 2018 - Freigabe zur Behördenbeteiligung
Drucksache: 20-3505.01**

Die *Bezirksversammlung* folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses und beschließt einstimmig (bei Enthaltung Neue Liberale) die Freigabe zur Behördenbeteiligung mit den nachfolgenden Maßgaben.

Steckbrief neu 10/2017 – Haanbalken – Marmstorf

Die Fläche wird aus dem Wohnungsbauprogramm herausgenommen.

Steckbrief neu 05/2018 – Nartenstraße – Harburger Binnenhafen

Die Fläche wird nicht in das Wohnungsbauprogramm aufgenommen.

Steckbrief neu 10/2018 – Neumoorland – Hausbruch

Für dieses Wohnungsbauvorhaben sei ausreichender Parkraum zu schaffen. Außerdem habe sich der Wohnungsbau in seiner Höhe an den Gebäuden im Umfeld zu orientieren.

Steckbrief neu 09/2018 – Winsener Straße – Wilstorf

Eine Überprüfung der Schadstoff- und Lärmbelastung müsse erfolgen. Es sei darauf zu achten, dass die Bebauung nicht zu massiv ausfalle.

Der Hinweis, dass ein Gutachten über die Schadstoff- und Lärmbelastung zu erstellen sei, ist in das Wohnungsbauprogramm mit aufzunehmen.

Steckbrief neu 06/2018 – Bremer Straße 133 – Eißendorf

Das Bauvorhaben müsse sich an den gegenüberliegenden Gebäuden des Eisenbahnbauvereins in Art und Höhe orientieren, um dort eine angemessene Eingangssituation schaffen zu können.

zu 35.1.2 RISE Fördergebiet Neugraben-Fischbek betr. Beirat - Bewerbung für den Elternrat STS Fischbek Falkenberg
Drucksache: 20-3068.02

Die *Bezirksversammlung* folgt der Empfehlung des Hauptausschusses und wählt einstimmig Herrn Heiko Drägerhof zum Mitglied im Quartiersbeirat.

zu 35.1.3 Umgestaltung Herbert-Wehner-Platz
Drucksache: 20-3592

Die *Bezirksversammlung* folgt der Empfehlung des Regionalausschusses Harburg und stimmen einstimmig (bei Enthaltung Neue Liberale/Schuster/Pawlowski) der aktuellen Planung des Herbert-Wehner-Platzes zu.

zu 35.1.4 Antrag SPD betr. Herbert-Wehner-Platz als zentralen Platz der Achse Binnenhafen - Innenstadt aufwerten
Drucksache: 20-3336

Die *Bezirksversammlung* folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses und überweist den Antrag einstimmig (bei Enthaltung Schuster/Pawlowski) zur weiteren Behandlung in den Regionalausschuss Harburg.

zu 35.1.5 Gewerbeflächenkonzept Harburg 2018 - Zustimmung zur Detailänderung
Drucksache: 20-3401.01

Die *Bezirksversammlung* folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses und beschließt einstimmig den geänderten Steckbrief Radeland. (Die übrigen Inhalte des am 19.02.2018 beschlossenen Gewerbeflächenkonzeptes bleiben dadurch unberührt.)

zu 35.1.6 Verlängerung der Amtszeit der Mitglieder und Stellvertreter des Stadtteilbeirates im Fördergebiet Zentrum Neugraben / Bahnhofsiedlung / Petershofsiedlung im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung bis Ende 2019
Drucksache: XIX-1528.01

Die *Bezirksversammlung* folgt der nachstehenden Empfehlung des Regionalausschusses Süderelbe und beschließt sie mehrheitlich (SPD/CDU/AfD/Schuster/Pawlowski gegen Grüne/Linke/Neue Liberale).

Der Regionalausschuss stimmt der Verlängerung der Amtszeit der Mitglieder und Stellvertreter des Stadtteilbeirates „Zentrum Neugraben, Bahnhofsiedlung, Petershofsiedlung“ bis Ende 2019 mehrheitlich zu. Eine Änderung der Geschäftsordnung wird abgelehnt.

zu 35.1.7 Gemeinsamer Antrag CDU/SPD betr. Maßnahmen zur Verkleinerung der Überschwemmungsgebiete Harburgs
Drucksache: 20-3242

Die *Bezirksversammlung* folgt der Empfehlung des Regionalausschusses Süderelbe und beschließt einstimmig die Fortführung der dargestellten Planungen sowie die Fortführung der erforderlichen Maßnahmen durch die Verwaltung zur Verkleinerung der Überschwemmungsgebiete Harburgs.

zu 35.2 Erledigte Drucksachen

Die Bezirksversammlung folgt den Empfehlungen der Fach- und Regionalausschüsse und erklärt folgende Drucksachen für erledigt:

Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit

Antrag CDU, Drs. 20-3532
Betr. Überdachung Freilichtbühne Harburger Stadtpark

Gemeinsamer Antrag CDU/SPD, Drs. 20-0178
Betr. Neue Bedingungen für Volleyballspiele in der CU-Arena.

Stadtplanungsausschuss

Antrag CDU, Drs. 20-3162
Betr.: Veraltete Bebauungspläne im Bezirksamtsbereich

Ausschuss für Soziales, Bildung und Integration

Gem. Antrag SPD/CDU Drs. 20-3494
betr. Genehmigung von öffentlich rechtlichen oder dem Sinne nach ähnlichen Einrichtungen zum Wohnen

Antrag SPD Drs. 20-2838
betr. Schlüssel für gerechtere Verteilung von Flüchtlingsunterkünften in Hamburg vorgestellt

Antrag Neue Liberale (mit Antwort) Drs. 20-0638
betr. Versprechungen einlösen! Grün-, Spiel- und Freifläche an der ZEA endlich schaffen

Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr

Antrag CDU Drs. 20-3463
betr. Auslastung Park & Ride Anlagen

Antrag GRÜNE Drs. 20-2203
betr. Aufgehobene Radwegnutzungspflicht beschildern

Antrag AfD Drs. 20-3421
betr. Neuorganisation Kundenzentrum

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Antrag GRÜNE Drs. 20-0963
betr. Tourismuskonzept für den Hamburger Teil des Alten Landes

zu 36 Bekanntmachungen gem. § 10 der Geschäftsordnung

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis.

gez. Vorsitzende/r